

Der Politikansatz
George W. Bushs und
die transatlantischen
Beziehungen

Facetten eines Politikstiles

Christian H. M. Ketels

Politik wird von Personen gemacht, und so ist es kein Zufall, dass auch in der deutschen Diskussion über die amerikanische Außenpolitik gern stark personalisiert wird. Das war bei Ronald Reagan so, und auch bei George W. Bush wird die Bewertung der Politik stark mit der Bewertung der Person verknüpft. Was ist charakteristisch für George W. Bush und seinen Politikstil, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das deutsch-amerikanische Verhältnis?

In vieler Hinsicht ist George W. Bush als ein anderer Typ Politiker gewählt worden; ein Typ, der sich deutlich vom traditionellen, auch deutschen, Modell unterscheidet. Die Diskussion der Person George W. Bush sollte allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass sich die amerikanische Außenpolitik nur auf ihn als Individuum reduzieren ließe. Zum einen ist George W. Bush das zentrale Beispiel für eine ganze Gruppe von US-Politikern – nicht nur der Republikaner, die einen ähnlichen Politikstil vertreten. Zum anderen definieren klassische Faktoren der Außenpolitik weiterhin den Kontext, in dem sich die Entscheidungen der Person George W. Bush bewegen.

George W. Bush ist, nicht nur in Deutschland, die Zielscheibe massiver Kritik: Er sei dumm, ein Büttel der Neokonservativen und Großindustrie, ein religiöser Eiferer und so weiter. Über die typischen antiamerikanischen Eiferer hinaus hat diese Stimmung unerschütterlich auch die Diskussion im Zentrum der deutschen Politik beeinflusst. Sie hat wenig mit

Tatsachen und viel mit dem wachsenden Unvermögen zu tun, sich mit der Person George W. Bush und der politischen Landschaft in den USA ernsthaft auseinander zu setzen.

Tatsächlich sind wichtige Facetten des Politikers George W. Bush, die von Kritikern zum Aufbau von Vorurteilen genutzt werden, Zeichen eines Politikstiles, der sich deutlich von dem seines Vorgängers Bill Clinton und auch vom dem vieler europäischer Politiker unterscheidet. Zwei Dimensionen sind zentral, um George W. Bushs Politikansatz zu verstehen: seine Interpretation der Präsidentschaft als Topmanagement-Position *Chief Executive Officer* (CEO) und sein Verständnis von Moral in der Politik. Die Fehleinschätzung seiner Politik in diesen zentralen Fragen war meiner Meinung nach ein wichtiger Faktor für das Versagen der transatlantischen Diplomatie in der Irak-Krise.

Der Präsident als CEO

George W. Bush ist der erste Präsident der Vereinigten Staaten mit einer Master of Business Administration-Ausbildung (Harvard Business School Class of 1975). Er hat signifikante Erfahrungen aus der Privatwirtschaft, und die Art, wie er Politik managt, ist typisch für die Rolle eines CEO in einem Unternehmen. Mit dieser Erfahrung steht Bush in seiner Administration nicht allein – von Dick Cheney über Donald Rumsfeld und Don Evans (Commerce) bis zu John Snow (Treasury) haben viele seiner engsten Mitarbeiter ähnliche Erfahrungen. Es ist auch typisch für eine

zunehmende Anzahl von Gouverneuren, zum Beispiel Mitt Romney in Massachusetts oder Craig Benson in New Hampshire, sowie für andere Politiker auch unter den Demokraten. Die Rekrutierung von Personen aus der Wirtschaft in hohe Ämter der Regierung hat in den USA eine lange Tradition; die Interpretation politischer Führungspositionen als Managementaufgaben war jedoch selten so offensichtlich. Drei Kernthemen bestimmen Bushs Führungsstil und das Verhältnis zu seinem Kabinett und den Spitzen der öffentlichen Verwaltung: Fokus, Delegation und Handlungsorientierung.

Fokus: Erfolgreiche CEOs konzentrieren sich auf wenige Kernziele ihrer Organisation und wiederholen diese Ziele ständig in ihrer Kommunikation nach innen und außen. Kompromisse an diesen Zielen gibt es nicht – auch nicht, wenn das den Verzicht auf eine weitere Resolution des UNO-Sicherheitsrates bedeutet. Für viele Deutsche wirkt dieser Fokus auf wenige Ziele als zu begrenzt, um der Komplexität von Politik gerecht zu werden. Außerdem wirkt die Bestimmtheit bei der Durchsetzung dieser Kernziele als arrogant. Es ist in erster Linie der Versuch, trotz der Komplexität und mangelnden Kontrollierbarkeit von Politik Wirkung und Erfolge zu erzielen.

Delegation: Erfolgreiche CEOs lassen Freiräume bei der Wahl der Mittel und Wege, nachdem sie die Richtung bestimmt haben. Die Rolle des CEO ist nicht die Umsetzung, sondern das Bestimmen der strategischen Richtung und die Auswahl der Personen, die diese Ziele durch praktische Handlungen erreichen können. Die Militärstrategie im Irak war ein gutes Beispiel dafür, dass Bush dem Pentagon weit reichende Entscheidungsvollmachten gegeben hat. In Deutschland schafft die Delegation auch wichtiger taktischer Entscheidungen den Eindruck von intellektueller Schwäche und der Abhängigkeit von bestimmten Gruppen, zum Beispiel den

„Neokonservativen“. Wiederum ist es der Versuch, durch die Konzentration auf die Kernaufgaben des Präsidenten mehr Wirkung und Effizienz zu erzielen, statt durch die Diskussion der taktischen Umsetzung gelähmt zu werden.

Handlungsorientierung: Erfolgreiche CEOs dringen auf Handlungsorientierung, die messbare Fortschritte auf dem Weg zur Zielerreichung garantiert. Der Verlass auf lange Prozesse zur wissenschaftlichen Erarbeitung der „optimalen“ Lösung ist gering. Stattdessen ist die Bereitschaft zur Entscheidung unter Risiko für das Machbare ein Kernelement dessen, was für die Amerikaner „Leadership“ ausmacht. Auch bei der Beurteilung anderer zählt mehr die Fähigkeit zur Handlung als das diplomatische Wort. In Deutschland wird dieses Verhalten als Ursache übereilter und wenig reflektierter Handlungen angesehen. Es ist jedoch in vieler Hinsicht Reflektion einer anderen Abwägung zwischen den Folgen von Nichthandeln und Handeln unter Unsicherheit. Gerade in der Frage von fortgesetzten Inspektionen wurde dies in der Irak-Krise deutlich.

Politik und Moral

George W. Bush wurde, jedenfalls von seinen Wählern, in vieler Hinsicht als Gegensatz zur Person Bill Clinton gewählt. Diese Entscheidung hatte auch mit der Suche nach einer neuen Moralität in der Politik zu tun.

Unter Bill Clinton wurde der Gegensatz zwischen seiner privaten Moral und dem moralischen Anspruch seiner Politik immer wieder diskutiert. Persönlich genoss Clinton wenig Vertrauen, seine Politik konnte sich aber dennoch auf breite öffentliche Zustimmung stützen. Dieser Gegensatz wurde denen zum Verhängnis, die Clinton wegen seines privaten Verhaltens aus dem Weißen Haus drängen wollten. Bushs private Moral gilt dagegen als wenig zweifelhaft. Sein Erfolg bei der Bewältigung eigener Schwächen (Alko-

holismus) gibt ihm in den Augen vieler Amerikaner besondere Glaubwürdigkeit. Bushs eigener Anspruch an die Moralität seiner Politik ist ohne Zweifel hoch, auch wenn viele Kritiker dies infrage stellen.

Bill Clinton wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, dass seine moralischen Bedenken gegen den Einsatz von Gewalt zum Beispiel in Ruanda und Bosnien/Kosovo am Ende einen hohen humanitären Preis hatten. George W. Bush verfolgt eine deutlich andere Linie: Militärische Gewalt ist gerechtfertigt, wenn sie zu Frieden und Freiheit führen. Über ihren Einsatz wird nach Zweckmäßigkeit entschieden – sind die Kosten und Risiken vertretbar, was sind die Alternativen –, nicht nach moralischen Kategorien, die für die Beurteilung der politischen Ziele wichtig sind. Die *National Security Strategy* (NSS) wendet diesen Ansatz in weiten Teilen auf die augenblickliche weltpolitische Lage an.

Der 11. September 2001 als Katalysator

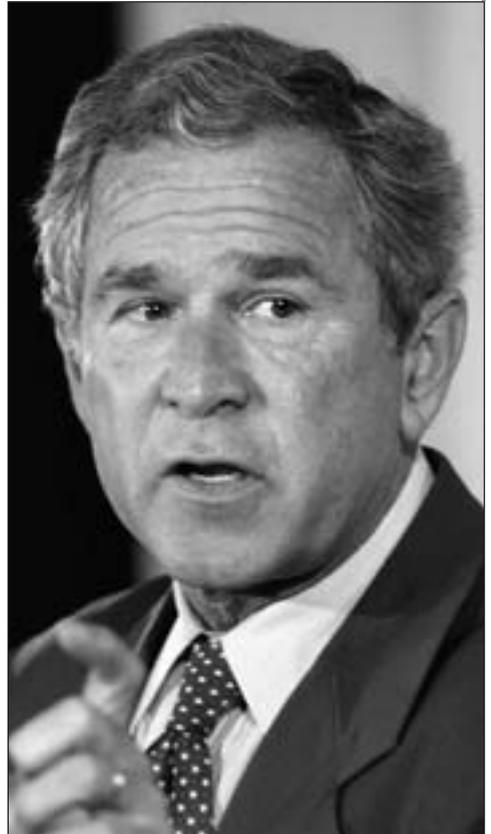
Die Erfahrung der Terroranschläge des 11. September in New York und Washington waren der Katalysator, der den Politikstil von Bush weit deutlicher als zuvor in den Vordergrund gedrängt hat. Bush hat die Verteidigung der Sicherheit des amerikanischen Volkes in einer fundamental neuen weltpolitischen Lage als zentrale Herausforderung begriffen, in der sich sein Politikstil bewähren muss: „In our grief and anger we have found our mission and our moment.“ Zum ersten Mal erleben die Amerikaner eine direkte Bedrohung in ihrem Heimatland – zu Recht wird immer wieder auf die tief greifende Wirkung dieser neuen Realität hingewiesen. Die zentrale Rolle von Führung – politisch, organisatorisch und moralisch – in dieser Situation steht für Bush außer Frage.

Konsequenzen

George W. Bushs Politikstil hat Konsequenzen für das transatlantische Verhält-

US-Präsident George W. Bush spricht am 16. Juni 2003 zu Wirtschaftsführern.

© dpa-Bildarchiv, Fotograf: Justin Lane



nis, wie immer man die Stärken und Schwächen seines Stiles auch einschätzt: Der Vorrat der Gemeinsamkeiten wird weiter verringert, und die Tendenz zu unilateraler Politik der USA wird größer. Erstens ist der Politikertyp, für den George W. Bush in den USA kennzeichnend ist, in Europa so gut wie nicht vorhanden. Und das wird weiterhin die Kommunikation behindern, wenn nicht beide Seiten diesen Unterschied zu akzeptieren lernen. Zweitens wird der Gegensatz zwischen einer Moral der Ziele in den USA und einer Moral der Mittel in Westeuropa eine Quelle steter Irritation bleiben, wenn wie bisher die moralische Integrität der jeweils an-

deren Seite fundamental infrage gestellt wird. Ohne die Klammer des Ost-West-Gegensatzes könnten diese Kommunikationsprobleme zu mehr als atmosphärischen Verstimmungen führen, die eine positive Neudefinition der transatlantischen Beziehungen im 21. Jahrhundert gefährden.

Für die deutsch-amerikanischen Beziehungen wurde in der Irak-Krise deutlich, wie sehr das gegenseitige Verständnis in den letzten Jahren schon geschwunden ist. Die Gründe sind vielschichtig, aber haben wiederum auch mit der Person der jeweiligen Regierungschefs zu tun. Gerhard Schröder wird von vielen in Washington als typisches Beispiel der Clinton-Ära angesehen; ein Schönwetterpolitiker ohne moralischen Kompass, der von den „wirklichen“ Herausforderungen der Gegenwart überfordert ist. Das Verhalten – weniger als die Position – der Schröder-Regierung in der Irak-Frage wird als schädlich, naiv und für ein Land unserer Größe und Bedeutung als unangemessen angesehen. Natürlich gibt es auch massive Kritik an der Position selbst: Vor dem Hintergrund der amerikanischen Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Erfahrung mit einer Diktatur,

die erst viel zu spät auf entschlossenen internationalen Widerstand traf, gibt es Unverständnis über die deutsche Politik. Aber unterschiedliche Meinungen gelten als normales Moment der politischen Diskussion, während unprofessionelles Politikmanagement Zweifel an der generellen Handlungsfähigkeit einer Regierung nährt.

In Washington macht derweil die folgende scherzhaft Beschreibung der US-Politik nach dem Irak-Krieg die Runde: „Bestrafe die Franzosen, verzeihe den Russen, ignoriere die Deutschen.“ Es wird dauern, bis Deutschland von den USA wieder als rationaler Partner angesehen wird. Die Wirtschaftsbeziehungen betrifft das nur begrenzt. Minister Clement konnte bei seinem Goodwill-Besuch in Washington im Frühsommer 2003 erfahren, dass US-Manager nicht aus politischen Gründen für sie profitable Geschäfte mit deutschen Unternehmen unterlassen werden. Wirtschaftsbeziehungen mit politischem Kapital zu verwechseln wäre jedoch ein Fehler. Dank Größe und Lage werden wir immer eine wichtige Rolle spielen; aber die Möglichkeit, als ein enger Freund Einfluss auf die USA zu nehmen, ist deutlich gesunken.

Entfremdung?

„Auch heute sagt noch die Mehrheit der Deutschen: Die Amerikaner brauchen uns, und wir brauchen die Amerikaner. 69 Prozent vertreten diese Ansicht, nur 17 Prozent widersprechen. Doch viele Deutsche bezweifeln, dass die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von beiderseitiger Sympathie getragen ist. Bei der Frage ‚Glauben Sie, dass die Amerikaner uns Deutsche eigentlich mögen, oder mögen sie uns nicht besonders?‘ zeigt sich die Bevölkerung gespalten. 32 Prozent meinen, die Amerikaner mögen die Deutschen, 31 Prozent glauben das nicht. 1989 waren noch 55 Prozent von der Sympathie der Amerikaner für die Deutschen überzeugt.“

Elisabeth Noelle zu Allensbach-Umfragen über die deutsch-amerikanische Freundschaft am 23. Juli 2003 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*